

Der Freisinn

FDP

Nr. 6
Juni 1989
11. Jahrgang
Erscheint monatlich

Redaktion:
«Der Freisinn»
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Inserate:
ofa Orell Füssli Werbe AG
Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich
Telefon (01) 250 31 11

Herausgeber:
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Erneuerte Leistungsausweise der Marktwirtschaft

Erfolge liberaler Ordnungspolitik

Noch selten hat die Weltwirtschaft eine so lange Aufschwungsphase erlebt wie in den achtziger Jahren. Dazu – und zu einigen grundsätzlichen Anmerkungen, die das liberale Ordnungsdenken betreffen – nachstehender Kommentar:

Seit 1982 ist die Weltwirtschaft durch kontinuierliches Wachstum gekennzeichnet, und dies bei stark gedämpfter Inflation. Das seinem Ende zustrebende Jahrzehnt unterscheidet sich damit, zumindest in den Industrieländern der freien Welt, markant von den vorangegangenen Hauptphasen.

Die sechziger und die frühen siebziger Jahre hatten nämlich zwar eine kräftige wirtschaftliche Expansion gebracht, jedoch um den Preis einer gefährlich anschwellenden Geldentwertung. Danach löste der Rezessionseinbruch von 1974 eine Periode aus, die das Kennwort «Stagflation» erhielt; trotz stagnierenden Produktionsleistungen hielt die Inflation an. Der jüngste Zeitabschnitt hingegen lieferte den Beleg dafür, dass gesundes Wachstum bei an nähernder monetärer Stabilität nicht nur möglich, sondern dauerhaft und solide ist. Getragen wurde er von einer konsequenten Geldpolitik, einer Eindämmung des staatlichen «Machbarkeitsglaubens» sowie auf politischer Ebene vielerorts von einer Stärkung der bürgerlichen Kräfte gegenüber denjenigen kollektivistischer Observanz.

Eindrücklich waren die acht Jahre der amerikanischen Geschichte, die unter der Präsidentschaft Ronald Reagans standen. Darauf hat der letzte Bericht des wirtschaftlichen Beraterstabs des Weissen Hauses, des «Council of Economic Advisers», deutlich hingewiesen. Man kann dort nachlesen, wie sich die Stärkung der privaten Initiative in die Gewährleistung günstiger Rahmenbedingungen eingefügt hat, zu denen gute öffentliche Infrastrukturen, eine wirksame, aber verschwundensfreie Sozialpolitik und eine funktionsfähige Wettbewerbsordnung gehören. Trotz einer namhaften Steigerung der industriellen Produktivität entstanden in den letzten acht Jahren in den USA rund 19 Millionen neue Arbeitsplätze, und die Inflationsrate folgte einem rückläufigen Trend.

Eine lange konjunkturelle Wachstumsphase hat auch Europa gekannt, und vieles spricht dafür, dass das EG-Binnenmarktprogramm die positiven Impulse erhalten wird. In der Beschäftigungsentwicklung ist der Alte Kontinent allerdings zurückgeblieben, werden doch die meisten

seiner Volkswirtschaften nach wie vor von hoher Arbeitslosigkeit geplagt. Dieser Umstand veranlasste im Herbst 1987 eine Reihe mittlerer Länder, zusammen mit der europäischen Gewerkschaftsbewegung eine Kommission mit dem Auftrag einzusetzen, beschäftigungsfördernde Strategien für die neunziger Jahre zu entwerfen. Über seine vorläufigen Folgerungen hat der Ausschuss, der unter dem Vorsitz des ehemaligen sozialistischen Bundeskanzlers Österreichs, Bruno Kreisky, steht, unlängst orientiert.

Angesichts des politischen Standorts Kreiskys sowie der gewerkschaftlichen Einflussnahme auf die Kommission erscheinen diese Folgerungen als sehr bemerkenswert. Es heisst nämlich, eine befriedigende Beschäftigungslage könne nur mit Hilfe eines inflationsfreien und möglichst umweltschonenden Wirtschaftswachstums herbeigeführt werden, wozu die privaten Kräfte möglichst viel und der Staat möglichst wenig beizutragen hätten. Auch die Einzelpunkte der Programmskizze enthalten weit mehr Rahmenbedingungen als interventionistische Vorstellungen. Im Vordergrund stehen Infrastrukturverbesserungen, Umweltschutzinvestitionen, das allgemeine und das berufliche Bildungswesen, die Förderung der technischen Forschung und die Begünstigung freihändlerischer Aussenwirtschaftsbeziehungen. Es ist zu hoffen, dass bis zur Bereinigung des Berichts, der noch einigen privaten und amtlichen internationalen Organisationen zur Vernehmlassung unterbreitet wird, das schon erkennbare liberale Ordnungsdenken eine Konsolidierung erfahren wird.

Interview mit
Fraktionspräsident Nationalrat Ulrich Bremi

«Das war für mich eine heitere und anspruchsvolle Session»

Welche Bilanz zieht der FDP-Fraktionspräsident, Nationalrat Ulrich Bremi, aus der vergangenen Sommersession? Wie beurteilt er das Ergebnis verschiedener Geschäfte, wie die Arbeit in der Fraktion? Was meint er zur Kritik am Ratsbetrieb, zum Vorwurf, das Parlament sei ineffizient? – Anna-Marie Kappeler führte mit ihm ein Gespräch.

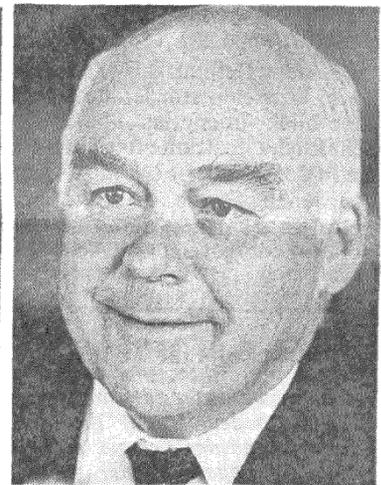
Die Sommersession der eidgenössischen Räte ist zu Ende. Nicht das erste Mal, dieses Mal aber besonders deutlich hört man Klagen über die Ineffizienz des Ratsbetriebs. Auch in dieser Session wurden Themen angerissen und mehrstündige Debatten in Bereichen geführt, die praktisch unbestritten waren. Dabei blieben wichtige Geschäfte liegen. Was sagen Sie zu dieser Kritik?

Ulrich Bremi: «Ganz offensichtlich ist das Parlament nicht nur ineffizient, sondern auch langweilig. Daraus resultiert oft auch eine qualitativ schlechte Arbeit. Ich sehe vier Gründe für diesen Zustand:

- Wir tragen heute Debatten in den Rat, die in den Kommissionssitzungen stattfinden sollten. Nachdem die Kommission gegensätzliche Positionen ausdiskutiert hat, werden dem Parlament die gleichen Anträge nochmals unterbreitet.
- Hinzu kommt, dass viele Anträge im letzten Moment, das heisst im Rat selber, gestellt werden. Den Parlamentariern bleibt dann keine Überlegungsfrist mehr, eine Vorberatung wie auch mögliche Gegenmassnahmen werden verunmöglicht. Das Resultat ist dann sehr oft ein schlechter Entscheid.
- Im Rat finden viel zu lange Eintretensdebatten statt. Diese werden auch noch in zwei Sprachen geführt, wie wenn wir keine Simultanübersetzung hätten.
- Viel zuviel Zeit wird auch für unbestrittene Geschäfte aufgewendet. Im Geschäftsbericht gab es beispielsweise zwei bis drei umstrittene Punkte, alles andere hätte gekürzt behandelt werden können.»

Welche Vorschläge haben Sie zur Behebung dieser Mängel?

Ulrich Bremi: «Kleine homöopathische Reformen, wie sie das Parlament auch schon beschlossen hat, genügen nicht mehr. Nötig sind grundsätzliche Reformen, wollen wir nicht das Risiko eines Berufsparlaments oder – schlimmer noch – eines schlechten Parlaments eingehen. Die Qualität der Arbeit muss unbedingt verbessert werden. Ausgehend von den vier Gründen, die ich für die Misere im Rat sehe,



schlage ich vier Massnahmen zur Behebung der Mängel vor:

- Die Kommissionen müssen sorgfältiger arbeiten. Sie müssen versuchen, mehrheitsfähige Lösungen zu finden und in den Rat nur grundsätzliche Alternativen zu tragen.
- Anträge müssen dem Rat vor Verhandlungsbeginn eingereicht werden, so dass der Bundesrat und die Parlamentarier Zeit zum Überlegen haben.
- Die Eintretensdebatten müssen verkürzt werden. Oft genügen Stellungnahmen der Fraktion.
- Viele unbestrittene Geschäfte liessen sich im schriftlichen Verfahren behandeln oder nur mit Bericht und Stellungnahme des Kommissionspräsidenten, das heisst ohne Diskussion. Wir sollten auch mehr persönliche Vorstösse schriftlich erledigen.

Die freisinnige Fraktion der Bundesversammlung wird jedenfalls den Ball aufnehmen und Reformen im Parlamentsbetrieb in diese Richtung verlangen.»

Muss man nicht auch von einer Entscheidungsunlust der Parlamentarier sprechen?

Ulrich Bremi: «Nein, ich glaube nicht, dass das Parlament entscheidungsunwillig ist. Man kann ihm zwar den Vorwurf machen, ein Blabla produziert zu haben, Entscheidungen wurden in der letzten Session aber nicht aufgeschoben. Das Redebedürfnis entspringt vielmehr einem Profilierungsbedürfnis. Und dieses wiederum führt oft zu vorfabrizierten Voten, mit nicht zu Ende gedach-

Fortsetzung auf Seite 7



Fraktionsausflug in die Westschweiz

Konzentriert beobachtet Bundesrat Kaspar Villiger, umringt von Parlamentariern, freisinnigen Beamten und Medienvertretern, die Vorführungen von Pferden und Gespannen im Eidgenössischen Gestüt Avenches. Der diesjährige Ausflug der freisinnig-demokratischen Fraktion der Bundesversammlung führte dann weiter auf den Aussichtspunkt oberhalb des Murtensees, Signal du Vully, und zum Nachtessen ins Restaurant du Lac in Vallamand-Dessous.

Arbeitstagung der FDP
über «Marktwirtschaft und Umweltschutz»

Versöhnung von Ökologie und Ökonomie

Zur undogmatischen Versöhnung von Ökologie und Ökonomie forderte der Parteipräsident der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Nationalrat Franz Steinegger, an einer Umweltschutztagung der Partei am 27. Mai 1989 in Bern auf. Diese hatte zum Ziel, die Tauglichkeit marktwirtschaftlicher Umweltschutzinstrumente für die Schweiz anhand von ausgewählten Beispielen vorurteilslos zu prüfen. Anna-Marie Kappeler berichtet.

FDP-Parteipräsident Nationalrat Franz Steinegger (UR) ging von der Feststellung aus, dass die Industriegesellschaft ökologische Folgekosten schafft. Als politische Reaktion genügt darauf weder ein fortschrittsfeindlicher Kulturpessimismus noch eine Verniedlichung der Probleme. Steinegger wehrte sich gegen die Unterstellung, die an liberalen Grundsätzen orientierte Gesellschaftsordnung sei nicht mehr zukunftsfähig, wie dies von Kreisen postuliert wird, die die Umweltprobleme missbrauchen, um Katastrophensituation hervorzuheben. Steinegger ist dagegen überzeugt davon, dass eine sinnvolle Beherrschung der Folgelasten der Modernität möglich ist.

Marktwirtschaftliche Instrumente

In seinem Referat gab Max Zürcher, Wirtschaftsförderung, einen Überblick über das marktwirtschaftliche Instrumentarium, wie sie in der von der FDP in Auftrag gegebenen Studie «Marktorientierte Instrumente der Umweltpolitik» aufgezeigt werden. Es

Konkrete Auswirkungen

Als direkte Folge der FDP-Arbeitstagung «Marktwirtschaft und Umweltschutz» wurden in der Sommersession 1989 von FDP-Nationalrat Kurt Schüle (SH) zwei Vorstösse eingereicht. Im ersten verlangt Schüle, dass der Bundesrat eine vorgezogene Entsorgungsgebühr für Batterien auf der Stufe Hersteller/Importeure vorsieht. Im zweiten Vorstoss, der wie der erste von anderen freisinnigen Parlamentariern unterstützt wurde, wird der Bundesrat eingeladen, die Einführung von Umweltklassen für Stoffe und Produkte zu prüfen. Das Ziel ist, durch diese Information eine Marktilenkung im Sinne eines effizienten Umweltschutzes zu erreichen.

handelt sich dabei um folgende Instrumente: Lenkung des Marktes mit Information für den Konsumenten über die Umweltqualität von Gütern (Beispiel: Einteilung von Stoffen in Umweltklassen), freier Markt für Emissions-

berechtigungen, wobei die Menge der Umweltbelastung vorgegeben ist und sich der Preis für die Berechtigung aus Angebot und Nachfrage ergibt (Beispiel: Emissionszertifikate für Feuerungen), Abgaben zur Internalisierung externer Kosten gemäss dem Verursacherprinzip (Beispiel: Entsorgungsgebühren für Batterien), Lenkungsabgaben mit dem Ziel, eine Verbraucherreduktion und dadurch weniger Umweltbelastung allein durch Preiserhöhungen zu erreichen (Beispiel: Lenkungsabgabe auf Energieträger) sowie Abgaben mit Lenkungscharakter, die zusätzlich mit vorgegebener Umverteilung verbunden sind, bekannt unter dem Namen Ökobonus bzw. Ökobonus plus (Beispiel: massive Verteuerung des Benzins bzw. Abgabe pro gefahrene Kilometer und je nach Autotyp).

Plädoyer für Verursacherprinzip

Anne Petitpierre, die den WWF Schweiz von 1980 bis 1986 präsidierte, betonte eindringlich die Notwendigkeit der Anwendung des Verursacherprinzips. Man solle von der Illusion abkommen, Wasser, Luft und Landschaft seien freie Güter. Heute konstatiere man vielmehr, dass diese Ressourcen rar geworden seien und immer rarer würden. Die Verschmutzung sei ein Diebstahl. Die Ressourcen müssten bezahlt werden. Die Frage stelle sich, wie dieser Preis bestimmt werden soll. Anne Petitpierre forderte, dass nicht die Zerstörung oder die Wiederinstandstellung von Ressourcen bezahlt werden müsste, sondern deren Erhaltung in einem guten Zustand.

Herausforderung für die Wirtschaft

Über den Umweltschutz als Herausforderung und Bedrohung für die Wirtschaft sprach Nationalrat Heinz Allenspach, Direktor und Delegierter des Zentralverbandes schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen. Er betonte, dass die Wirtschaft gleich wie andere gesellschaftliche Kreise für die Probleme des Umweltschutzes sensibilisiert sei. Sie wende sich aber gegen Katastrophenszenarien. Sie glaube hingegen an die Möglichkeit eines zukunftsgerichteten Umweltschutzes, bei dem Lebensfreude und Gestaltungsmöglichkeit des Einzelnen gewahrt bleiben.

Liberale Chance

Nationalrat Kurt Schüle (SH) fasste sich mit dem Umweltschutz als liberale Chance. Gerade die Freisinnigen müssten Lösungen finden, die Gegensätze zwischen Wirtschaft und Umweltschutz zu überwinden. Es sei eine Herausforderung, dafür marktwirtschaftliche Massnahmen anzuwenden. In diesem Sinne müsse eine Umorientierung der Umweltpolitik stattfinden. Schüle wandte sich

Simplifizierte Argumente und mahnende Gegenbelege

Arbeitszeit und Beschäftigung

Gemäss Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (Biga) sind im letzten Jahr in der schweizerischen Wirtschaft 37 000 neue Arbeitsplätze entstanden. Sie wurden in ihrer Mehrzahl durch Frauen besetzt und zeigten fortdauernde branchenmässige Strukturwandlungen an.

Sowohl in der Industrie als auch in der Dienstleistungswirtschaft gab es Zweige mit sinkenden und solche mit steigenden Personalbesetzungen. Aber der Saldo war eben positiv und machte den inländischen Arbeitsmarkt noch «trockener» als ohnehin. Dabei herrscht Vollbeschäftigung bei durchschnittlichen Arbeitszeiten, die weit höher liegen als in den meisten anderen Industrieländern. Und die pauschale 40-Stunden-Initiative des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes ist ja im vergangenen Dezember vom Souverän sehr deutlich abgelehnt worden. Immerhin bleibt das Thema «Arbeitszeitverkürzung» auch bei uns virulent. Freilich eignet sich die faktische Arbeitsmarktlage wenig zu spezifisch beschäftigungspolitischen Motiven, doch haben diese in längerfristiger Sicht weiterhin ihre Verfechter.

Weit ausgeprägter fechten ausländische Gewerkschaften mit der Gedankenführung, durch kürzere Arbeitszeiten steige das Stellenangebot, werde also Arbeitslosigkeit überwunden. Ein herausforderndes Beispiel hat die deutsche IG Metall, die grösste Arbeitnehmerorganisation in der Bundesrepublik, geliefert. Im Blick auf die nächstjährige Tarifrunde kündigte sie ihre Entschlossenheit an, die 35-Stunden-Woche durchzusetzen (gegenwärtig 37 Stunden) und ausserdem die Löhne nicht nur entsprechend auszugleichen, sondern noch zusätzlich zu erhöhen. Das schaffe Kaufkraft, stütze die Konjunktur und diene der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Man sei zu einem allenfalls nötigen Arbeitskampf gerüstet und werde es auf einen «Grosskonflikt» ankommen lassen. Die skizzierte Argumentation erscheint als einleuchtend

einfach. Aber sie ist gerade in ihrer Simplifizierung verdächtig. Abgesehen von der sogenannten Kaufkrafttheorie, deren versuchte Umsetzung in die Praxis erfahrungsgemäss weit eher inflationär als beschäftigungsfördernd wirkt, hat das Institut der deutschen Wirtschaft dem gewerkschaftlichen Rasonnement eine bemerkenswerte Studie gegenübergestellt. Sie enthält ebenfalls erfahrungsgestützte Ergebnisse. Im Mittelpunkt steht der Befund, Arbeitszeitverkürzung versage als beschäftigungs-politisches Instrument.

Eindrückliche Belege konnten dafür beschafft werden. So sei in den USA, in Grossbritannien und in Japan, wo in den letzten Jahren Arbeitszeitverkürzungen unterblieben seien, die Beschäftigtenzahl viel stärker gestiegen als in Deutschland, wo sie jährlich nur marginal zunahm. Allerdings habe sich in der Bundesrepublik unter dem Einfluss der Arbeitszeitverkürzungen die Produktivität verbessert, doch sei dies, gefördert durch den technischen Fortschritt, auch in den anderen Volkswirtschaften der Fall gewesen. Und dort hätten dank dem wirtschaftlichen Wachstum auch die persönlichen Einkommen der Arbeitnehmer stärker zugenommen als in Deutschland.

Solche Beobachtungen bestätigen die alte Erkenntnis, dass Arbeitszeitverkürzung kein gesellschaftliches Postulat schlechthin ist. Sie kann an sich weder als «gut» noch als «schlecht» bewertet werden, sondern sie ist an ihren Zielen und deren Erreichbarkeit zu messen. In jedem Fall hat sie ihren Preis, der nicht einfach mit der Formel «weniger Arbeitszeit – gleich viel oder mehr Lohn» erlegt werden kann.

gegen eine Atmosphäre der Polarisierung. Umweltschutz sei eine Aufgabe für alle. Insbesondere sei eine starke Wirtschaft nötig, um den Schutz der Umwelt finanzieren zu können.

Die FDP-Arbeitsgruppe «Marktwirtschaft und Umweltschutz» wurde geleitet vom Präsidenten der FDP-Arbeitsgruppe Umweltschutz, Walter Schiesser. Die durch die Referate ausgelösten Anregungen wurden in

Gruppen intensiv behandelt. Den Abschluss der Tagung bildete eine offene Diskussion mit den Referenten und Arbeitsgruppenleitern, die von Nationalrat Dr. Paul Wyss (BS) geleitet wurde.

Die Analyse «Marktorientierte Instrumente der Umweltpolitik», erstellt im Auftrag der FDP von der Robert W. Mädl AG, Umweltschutzberatungen, Zürich, kann in einer Kurzfassung von Dr. Max Zürcher, Zürich, bestellt werden bei der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern.

Eindrücke einer Teilnehmerin

Leben bedeutet Veränderung. Politik bedeutet, auf die Veränderungen des Lebens, auf die Veränderungen in der Gesellschaft einzugehen, sie mitzugestalten, zum Wohle der Menschheit. Gerade der Liberalismus, der kein starres Dogma, sondern eine Geisteshaltung, eine Form des politischen Denkens ist, muss die geeignete Ausgangslage zur Lösung der Probleme und Herausforderungen unserer Zeit sein. Liberalismus will die Würde und Freiheit des Einzelnen bewahren. Er lehrt uns, dass dies nur möglich ist, wenn sich jeder seiner Verantwortung bewusst ist. Verantwortung bedeutet ein ständiges Hinterfragen des eigenen Verhaltens, ein Hinterfragen der Aufgaben unseres Staates und ein Fragen nach dem zukünftigen Weg unserer Gesellschaft.

Das Bewusstsein, dass der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen zu einer Schicksalsfrage geworden ist, setzt sich langsam durch. Und wir wissen, dass es nur in einer intakten Umwelt möglich ist, in Freiheit und Würde zu leben, die liberale Geisteshaltung zu bewahren. In diesem Sinne habe ich die Arbeitstagung der FDP vom 27. Mai 1989 in Bern mit dem Thema «Marktwirtschaft und Umweltschutz» verstanden.

Den Teilnehmern wurden fortschrittliche Papiere einer Arbeitsgruppe, die marktwirtschaftliche Ansätze zur Umweltpolitik überprüfte, ausgeteilt. Die im Papier behandelten marktkonformen Vorschläge stimmen problemlos mit liberalen Grundsätzen überein. Es werden keine weiteren Gesetze geschaffen, sondern Umweltschutz wird in den Markt, ins

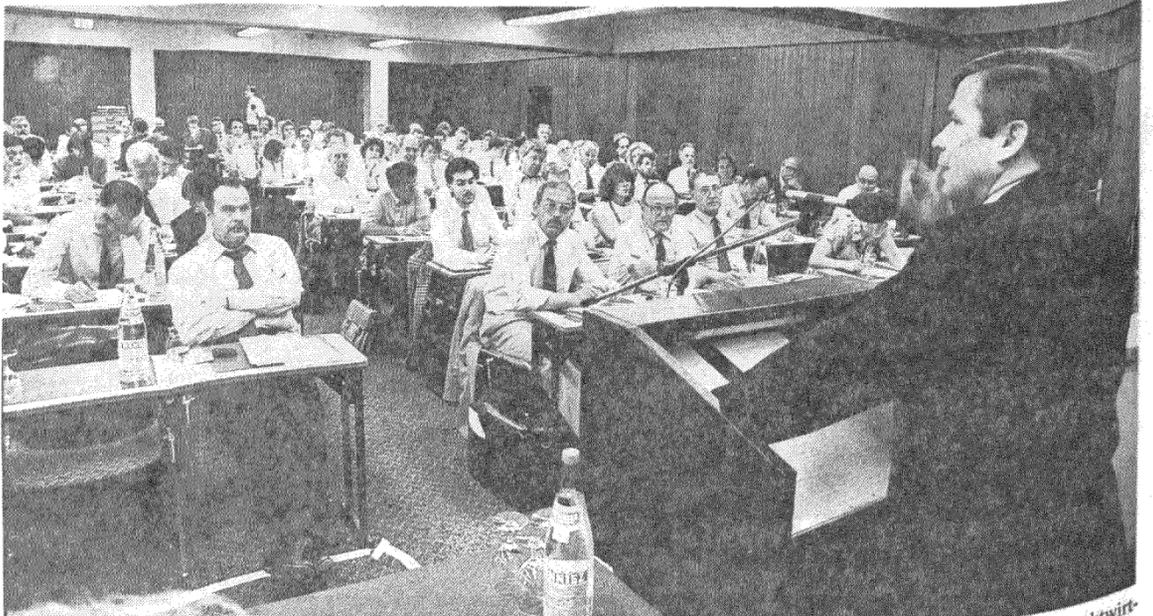
freie Spiel von Angebot und Nachfrage, integriert und betont das Verursacherprinzip, ein wichtiger Aspekt der Selbstverantwortung.

Auch einzelne Referenten, die den ersten Teil der Tagung besprochen, riefen zur «undogmatischen Versöhnung von Ökologie und Ökonomie» auf (Nationalrat Franz Steinegger). Leider nahmen die Arbeitsgruppen, die die einzelnen Themen weiterbearbeiten sollten, die mutige und zukunftsorientierte Diskussion nicht auf. Es ist an dieser Tagung nicht gelungen, wirklich offen auf die veränderte Situation der heutigen Zeit einzugehen, es ist nicht gelungen, an den Veränderungen unserer Zeit und unserer Gesellschaft vorausschauend mitzuformen.

Diese Tatsache führte zu Verunsicherung und Enttäuschung bei den Teilnehmern. Deutlich kam dies zum Ausdruck, als fast alle dem Votum von Anne Petitpierre applaudierten, die ihrer Enttäuschung Ausdruck verlieh. Auch Gespräche auf dem Heimweg ergaben das gleiche Bild. Die Reaktion der Teilnehmer zeigt, dass sie hellhörig geworden sind, dass sie ihre Verantwortung gegenüber ihrer Mitwelt wahrnehmen möchten, dass ein Umdenken stattfindet.

Leben bedeutet Veränderung. Ich wünsche mir eine FDP, die die Herausforderung annimmt und nicht als Bremser der Nation wirkt. Den Weg zu einem Ökoliberalismus zu suchen ist eine schöne Aufgabe für die Partei der Selbstverantwortung und der Offenheit gegenüber dem Fortschritt.

FDP-Grossrätin
Sabine Jaggy-Kaufmann (LU)



Der Parteipräsident der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz, Franz Steinegger, eröffnete die Tagung über «Marktwirtschaft und Umweltschutz» mit einem markanten Votum.

Freisinniger Antrag an die nationalrätliche Kommission

Gegen überstürzte Teilrevision

Auf die KVG-Teilrevision zu verzichten und statt dessen den Krankenkassen, befristet auf fünf Jahre, höhere Bundesbeiträge zu gewähren: das ist das Ziel eines freisinnigen Antrags von FDP-Nationalrat Hans-Rudolf Früh (AR) an die nationalrätliche Kommission, welche die «KSK-Initiative» behandelt.

Noch bis Ende April 1990 können National- und Ständerat entscheiden, ob der Volksinitiative der Krankenkassen (KSK-Initiative) ein indirekter Gegenvorschlag gegenüberzustellen sei. Gegenwärtig befasst sich die beratende Kommission des Nationalrates mit einem Vorschlag zur Teilrevision des Krankenversicherungsgesetzes (KVG), gedacht als solcher indirekter Gegenvorschlag. Taugt diese Teilrevision indes dazu? Angesichts des bisherigen Verlaufs der Beratungen sind erhebliche Zweifel angebracht.

Zunächst zur KSK-Initiative: dieses von rund 380 000 Unterzeichnern getragene Volksbegehren will – im wesentlichen – einerseits das Monopol der Krankenkassen zur Durchführung der sozialen Krankenversicherung und andererseits massiv erhöhte Bundessubventionen, die sich auf gut 2,5 Milliarden Franken pro Jahr (gegenüber heute knapp einer Milliarde Franken) belaufen würden.

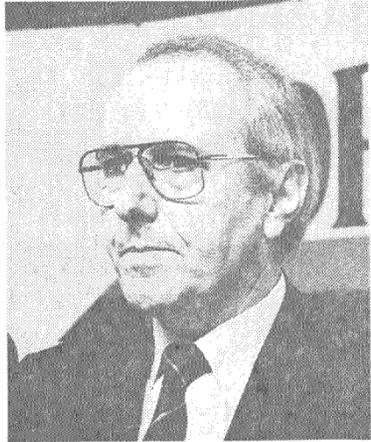
Sowohl im Ständerat wie auch voraussichtlich in der Volkskammer ist eine klare Mehrheit gegen diese Initiative. Der Ständerat hat die Ablehnungsempfehlung bereits beschlossen; gleichzeitig hat er – als indirekten Gegenvorschlag zur KSK-Initiative – die seinerzeit als «Sofortprogramm» bekanntgewordene Teilrevision des KVG «reaktiviert». Dieses «Sofortprogramm» ist, wie erinnerlich, vom Volk am 6. Dezember 1987 zusammen mit der Mutterschaftsversicherung deutlich abgelehnt worden.

Hohe Kosten programmiert

Ging diese Vorlage (materiell praktisch unverändert, jedoch ohne Mutterschaftsteil) beim Ständerat in der Kommission und auch beim Plenum relativ schlank durch, so harzt es bei der Behandlung in der nationalrätlichen Kommission. Anders als im Ständerat soll nun die Teilrevision des KVG mit allen möglichen Zusätzen und Änderungen versehen werden.

Dutzende von zum Teil recht gegensätzlichen Anträgen wurden bisher von jeweils knappen Mehrheiten angenommen oder abgelehnt. Beschlossen wurde beispielsweise die Einführung des «Bonussystems» (Prämienermässigung bei Nichtbeanspruchung von Kassenleistungen während mindestens eines Jahres). Ins Auge gefasst wurde sodann der Grundsatz der Prämienungleichheit für Mann und Frau.

Diese und andere Ergänzungen tragen mit Sicherheit nicht dazu bei, die Kassen finanziell zu entlasten, ganz im Gegenteil. Mehraufwendungen in der Grössenordnung von rund 300 Millionen



zeichnen sich bereits ab. Demgegenüber sollen mit derselben Teilrevision die Bundesbeiträge an die Kassen nur um rund 200 Millionen Franken erhöht werden.

Teilrevision zum Scheitern verurteilt

Es glaubt wohl niemand im Ernst, dass man der KSK-Initiative mit ihren unmissverständlichen Forderungen eine Gesetzes-Teilrevision gegenüberstellen kann, die den Kassen vor allem Mehrkosten statt einer Prämienentlastung durch Erhöhung der Bundesbeiträge bringt. Hinzu kommt, dass diese Teilrevision völlig überladen und von halberzigen, knapp zustande gekommenen Kompromissen geprägt ist. Überdies droht ihr bereits von mehreren Seiten das Referendum. Wenn schon ein Gegenvorschlag als unumgänglich erscheint, dann sollte er wenigstens zielgerichtet, überzeugend und damit auch konsensfähig sein.

Freisinniger Antrag

Der nationalrätlichen Kommission liegt daher schon seit der zweiten Sitzung ein freisinniger Antrag vor, auf die verunglückte KVG-Teilrevision gänzlich zu verzichten und sich statt dessen darauf zu beschränken, mit einem allgemeinverbindlichen Bundesbeschluss die Bundesbeiträge an die Krankenkassen, befristet auf fünf Jahre, in einem vertretbaren Umfang zu erhöhen. In diesem Zeitraum sind alle Anstrengungen zu unternehmen, die auch von der FDP dringend postulierte Totalrevision des Krankenversicherungsgesetzes rasch an die Hand zu nehmen und voranzutreiben.

Der als neuer Gegenvorschlag beantragte Bundesbeschluss soll den Kassen zunächst eine massvolle Erhöhung der seit 1976 plafonierten Bundesbeiträge auf 1,1 Milliarden Franken bringen. Darüber hinaus sollen diejenigen Kassen, die einen hohen Anteil an Versicherten im Rentenalter aufweisen, einen zusätzlichen Bundesbeitrag von höchstens 400 Millionen Franken im Jahr erhalten. Die Ergänzungssubvention soll indessen nicht einfach aus dem Bundessäckel berappt werden, sondern durch einen – frankenmässig bescheidenen – Solidaritätsbeitrag jedes Versicherten, erhoben vom Bund bei allen Krankenkassen.

Soziale Lösung

Ein solcher Gegenvorschlag ist nicht nur verhältnismässig einfach, transparent und rasch realisierbar; er ist auch sozial, weil die meist unverschuldet in die Kostenklemme geratenen Kassen mit einem ausserordentlich hohen

Anteil an Versicherten im AHV-Alter stärker entlastet werden sollen. Nicht zu unterschätzen ist schliesslich die Bedeutung des Finanzierungsmodus für diese Zusatzsubventionierung, ist diese doch von einem Gedanken getragen, der in der sozialen Krankenversicherung leider immer mehr zu verschwinden droht: dem der Solidarität.

Anzunehmen ist, dass dieser Gegenvorschlag bei den Krankenkassen, aber auch beim Stimmbürger besser verstanden wird als eine über das Knie gebrochene, in den Einzelheiten höchst problematische Teilrevision eines Gesetzes, das dringend gesamthaft zu erneuern ist. Mit der Beschränkung auf eine auf fünf Jahre befristete, massvolle und gezielte Erhöhung der Bun-

desbeiträge wird die Totalrevision des KVG nicht präjudiziert. Das hingegen ist mit der verunglückten und darum rasch abzubrechenden Teilrevision dieses Gesetzes zu befürchten.

Parlamentarische Initiative zeigt neues Konzept auf

Für eine wirksame Wohneigentumsförderung

FDP-Nationalrätin Vreni Spoerry-Toneatti (ZH) fordert, dass zur Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums angesparte Vermögen für die Altersvorsorge ganz oder teilweise zur Verfügung stehen sollen. Sie schlägt eine administrativ einfache Lösung vor, die den berechtigten Hoffnungen der Bevölkerung in die Förderung des Wohneigentums durch das BVG Rechnung trägt und vor Missbräuchen schützt.

Die Bestrebungen, mit Mitteln der beruflichen Vorsorge den Erwerb von Wohneigentum zu fördern, haben bis heute nicht zum Ziel geführt. Enttäuschung macht sich breit. Das liegt in erster Linie daran, dass das geltende Konzept zur Wohneigentumsförderung mit Mitteln der gebundenen Vorsorge falsch angelegt ist. Zum einen kann man gemäss BVG nur die im Rahmen des Obligatoriums angesparten Gelder diesem Zweck zugänglich machen, also nur das Geld, das auf einen Lohn von unterhalb 54 000 Franken für die zweite Säule gespart worden ist. Die Vorsorgegelder aus dem überobligatorischen Teil sind vom Gesetzgeber für diesen Zweck nicht vorgesehen. Schliesslich können auch die in der Säule 3a angesparten Mittel für den Erwerb von Wohneigentum vorläufig nicht vorzeitig freigegeben werden.

Zum zweiten ist das heute geltende Konzept der Verpfändung der angesparten Vorsorgegelder unzweckmässig und wird daher auch kaum benützt. Die Verpfändung vermag im besten Fall die Beschaffung von zusätzlichem Fremdkapital zu erleichtern bzw. die Amortisation auf Hypotheken aufzuschieben. Sie kann aber nichts zur finanziellen Entlastung des Wohneigentümers beitragen.

Direkter Einsatz der Vorsorgegelder

Wollen wir eine wirksame Förderung des Wohneigentums mit Mitteln der gebundenen Vorsorge erreichen, so muss das angesparte Kapital dem Versicherten in einem bestimmten Ausmass vorzeitig zum Zwecke des Erwerbs (allenfalls zur Abzahlung von Hypotheken) zur Verfügung gestellt werden können.

Verschiedene Hindernisse schienen aber bisher eine solche Lösung zu verbauen. Dabei ist es bei gutem Willen durchaus möglich, den vorgebrachten Bedenken Rechnung zu tragen.

Es muss verhindert werden, dass vorzeitig ausbezahlte Vorsorgegelder nach einem Verkauf des selbstbenutzten Wohneigentums verschleudert werden und nachher dem Versicherten im Alter fehlen. Die Gelder müssen aber dem Vorsorgezweck erhalten bleiben. Dies kann mit einer entsprechenden Anmerkung im Grundbuch geschehen. Wird eine

Liegenschaft verkauft, muss dieser Betrag an eine Vorsorgeinstitution zurückfliessen. Eine Ausnahme ist dann zu gewähren, wenn der Betrag auf ein Ersatzobjekt übertragen wird, das vom Versicherten wiederum selbst genutzt wird.

Des weiteren muss verhindert werden, dass ein Versicherter sich aus verschiedenen Vorsorgeinstitutionen gleichzeitig verschiedene Objekte mitfinanzieren lässt. Dieser Missbrauch ist an sich denkbar. Er lässt sich aber ausschalten. Das Konzept sieht vor, dass der Vorbezug aus der Vorsorgeeinrichtung sofort besteuert werden muss. Also kann die Steuerbehörde, wenn eine solche Be-

FDP-Ideen

steuerung anfällt, kontrollieren, ob der Steuerpflichtige nicht bereits eine mit Vorsorgegeldern mitfinanzierte Liegenschaft besitzt.

Sofortige Besteuerung

Die sofortige Besteuerung der vorzeitigen Leistung aus der beruflichen Vorsorge ist notwendig, damit dem Gemeinwesen keine Steuereinnahmen entgehen. Dabei soll aber die Besteuerung der vorzeitigen Leistung nach den gleichen Grundsätzen erfolgen wie die Besteuerung der Altersleistung. Heute ist dies leider nicht überall der Fall. Muss das vorzeitig ausbezahlte Sparkapital durch den Verkauf der selbstbewohnten Liegenschaft an eine Vorsorgeinstitution zurückgeführt werden, so obliegt es dem Versicherten, der Steuerbehörde bei der späteren Auszahlung der Altersleistung zu beweisen, dass er bereits früher einen Teil der Leistung versteuert hat.

Sicherung der Freizügigkeit

Wichtig ist schliesslich, dass die vorzeitige Auszahlung eines Betrages zum Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum den Versicherten nicht an eine bestimmte Pensionskasse binden darf. Das heisst, der vorzeitig in Grundeigentum investierte Betrag ist bei der Freizügigkeitsleistung anzurechnen. Im übrigen soll sich der Betrag, den der Gesetzgeber zum vorzeitigen Bezug für die Wohneigentumsförderung freigibt, an der Freizügigkeitsleistung bemessen, die der gleiche Gesetzgeber für den überobligatorischen Teil der beruflichen Vorsorge ohnehin neu definieren muss.

Klettern am nationalrätlichen Pendenzenberg

«Blabla im Nationalrat» stand wieder einmal in grossen Lettern in der Boulevard-Presse: 21 Einzelredner hatten sich nach den offiziellen Fraktionssprechern ans Redepult gedrängt, um ihre Meinung in Sachen Nachtragskredit für die Gedenkstätte 50 Jahre Mobilmachung kundzutun.

Sternstunden des Parlamentes waren dies nicht. Immer wieder dieselben Argumente, dafür und dagegen. Und zu guter Letzt ein Abstimmungsentscheid, der mit 124 zu 25 Stimmen überdeutlich zustande gekommen ist.

Gegen die Redefreudigkeit der Parlamentarier scheint kein Kraut gewachsen. Parlament kommt schliesslich von parlare, basta. Dennoch müssen wir uns Sorgen machen über die Zukunft der eidgenössischen Räte, besonders über jene des Nationalrates. Die Redeflut ist ja nur eine Seite, die geradezu chronische Arbeitsüberlastung die andere. Bergsteigen am parlamentarischen Pendenzenberg scheint im Bundeshaus zur vorherrschenden Sportart zu werden.

Seinerzeit führte der Nationalrat die Fragestunde ein, um aktuelle Themen zeitgerecht zu behandeln und um – so der ausdrückliche Wunsch – die Zahl der persönlichen Vorstösse abzubauen. Die Rationalisierungsmassnahme hat sich als Bumerang herausgestellt. Die Zahl der persönlichen Vorstösse hat nicht ab-, sondern zugenommen. Allein in einer Woche wurden dem Bun-

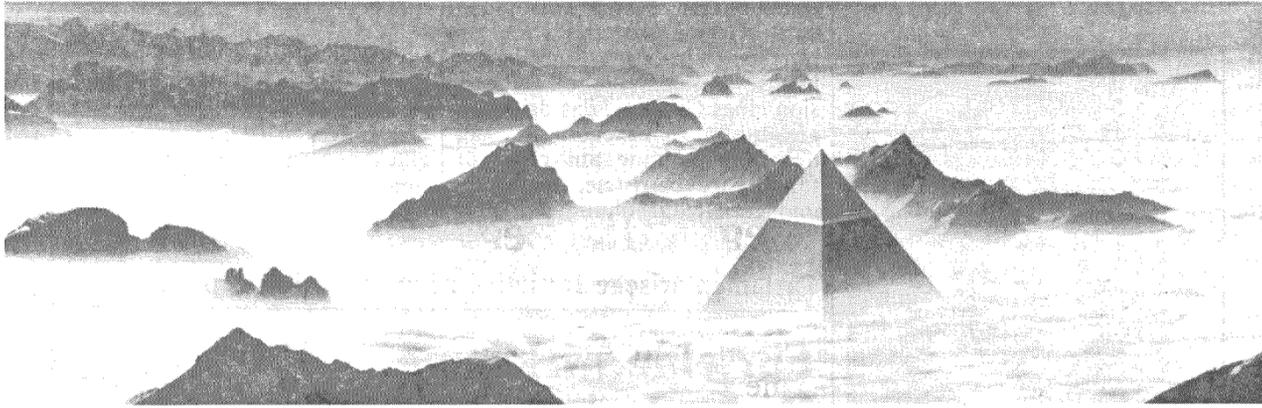
desrat 54 (!) Fragen gestellt, die in der reglementarischen Zeit von 90 Minuten bei weitem nicht alle haben beantwortet werden können.

Der Nationalrat läuft stets Gefahr, in einer resultatlosen Betriebsamkeit stecken zu bleiben. Dann fehlt ihm die Zeit, die konkret anstehenden Fragen und Geschäfte zu behandeln. So warten zurzeit die ausländischen Ehegatten von Schweizerinnen längst auf die Revision des Bürgerrechts entsprechend dem Grundsatz der Gleichberechtigung. Seit September 1988 verhandlungsreif, ist diese Gesetzesvorlage noch jede Session vom Nationalrat vor sich hergeschoben worden. Der Ruf nach Abhilfe ist in der Vergangenheit immer wieder ertönt. Eine Kommission suchte jahrelang nach Lösungsansätzen. Doch weder mit Sondersessionen noch Nachtsitzungen wird dem Grundproblem beizukommen sein. Nur wenn die Parlamentarierinnen und Parlamentarier selbst die Sinnlosigkeit ihrer übertriebenen Betriebsamkeit einsehen und sich selbst beschränken, könnten sich die Verhältnisse entscheidend bessern. Eigentlich sollte sich der Nationalrat zur mutigen Tat aufraffen und für einen würdigen und effizienten Ratsbetrieb sorgen. Denn unter der vorherrschenden resultatarmen Betriebsamkeit haben ja alle persönlich zu leiden.

FDP-Nationalrat Kurt Schüle (SH)

 **Boesch**
Gartenbau 01 53 04 80
Unsere Stärke
grüne Werke

SKA-Anlage-Service  plus^c



Ü b e r b l i c k . Mit dem SKA-Anlage-Service plus.

Als privater oder institutioneller Anleger können Sie vom «SKA-Anlage-Service plus» Mehrleistungen erwarten: mehr persönliche Beratung, mehr Engagement, mehr internationale Präsenz und MEHR ÜBERBLICK DANK BESSERER INFORMATION. Dieses Plus an Leistung zeichnen wir mit der Pyramide aus, dem Symbol für das Streben nach Höherem, für Stabilität, Sicherheit und Wissen.

Mehr Überblick verschaffen wir Ihnen z.B. dank unseren weltweiten direkten Verbindungen zu allen wichtigen Finanzplätzen – zu den Spezialisten an allen Börsen im In- und Ausland sowie zu den renommierten Gruppen und Partnergesellschaften der SKA.

Mehr Überblick schafft Ihnen aber auch unser dynamisches Management, unsere aufs modernste ausgebaute elektronische

Infrastruktur, z.B. mit dem computergesteuerten Anlage-Informationssystem (AIS), und selbstverständlich auch Ihr persönlicher SKA-Anlage-Berater.

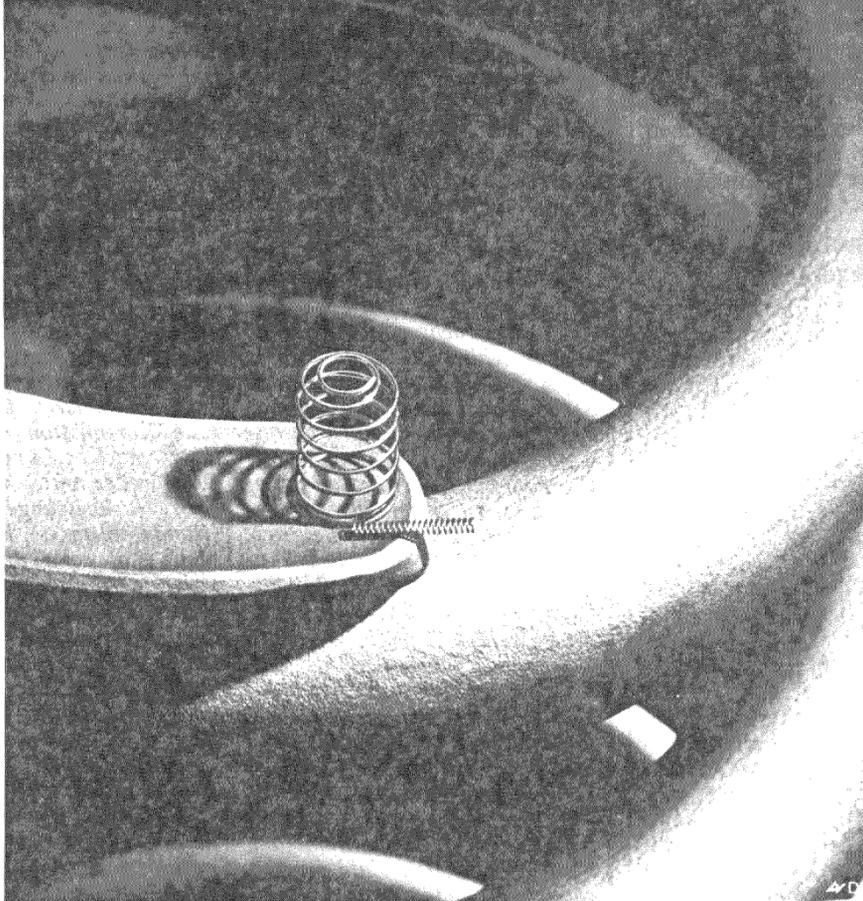
Sie treffen Ihre Entscheide auf der Basis von fundierten und umfassenden Informationen. Damit Sie den Überblick behalten.



FEDERN

**in jeder Grösse
für jede Verwendung**

BAUMANN + CIE AG
Federnfabrik
CH-8630 Rüti
Tel. 055/84 11 11



Führend im Pflanzen- und Holzschutz

Pflanzenschutz in der Landwirtschaft

Maag entwickelt und produziert umweltgerechte Pflanzenschutzmittel, damit ausreichende Ernten gesichert sind. Innovative Forschung und modernste Produktionsanlagen bilden die Basis dafür.

Haus und Garten

Die Maag-Produkte für Haus und Garten gegen Schädlinge, Pilzkrankheiten und Ungeziefer genügen höchsten Ansprüchen bezüglich Umweltverträglichkeit und Sicherheit des Anwenders.

Holzschutz

Holz ist Natur und Holz lebt. Daher benötigt es Pflege und Schutz – wie der Wald, aus dem es stammt. Maag wählen, heisst ein umweltfreundliches Konzept für den Holzschutz wählen.

Dr. R. Maag AG 8157 Dielsdorf Telefon 01/855 11 11

Seriöser Sammler kauft

Militaria

ältere Uniformen, Käppi, Uniformteile, Abzeichen, Säbel, Degen, Pistolen usw. Bücher über die Grenzbesetzung, Abbildungen, Photos u. a. m.

Walter Büchi
Brauereistr. 9
8570 Weinfelden
Tel. (072) 22 26 14



WALDE & PARTNER
Forchstrasse 70, 8008 Zürich, Tel. 01 55 02 44
A propos Liegenschaftsverkauf:
Ihr Vorteil ist unsere Referenz

Beunruhigung über hohe Bodenpreise und die Spekulation mit Grundeigentum

Für eine aktive Bodenpolitik

Man erinnert sich: Am 4. Dezember 1988 hat der Stimmbürger die «Stadt-Land-Initiative gegen die Bodenspekulation» mit fast 70 Prozent Nein-Stimmen und bei einer eher schwachen Stimmbeteiligung von 50 Prozent klar verworfen. Systemveränderung ist in der Schweiz nicht gefragt. Die Diskussion im Vorfeld der Abstimmung hat aber gezeigt, dass die stark gestiegenen Bodenpreise und die Spekulation mit Grundeigentum weite Bevölkerungskreise stark beunruhigen und verärgern. Die FDP verfolgt besorgt seit längerer Zeit die Entwicklung auf dem Boden- und Liegenschaftsmarkt. Bereits vor einem Jahr hat sie zu diesem Thema eine Arbeitsgruppe unter der Leitung von Nationalrat Dr. Urs Scheidegger (SO) eingesetzt. Von ihm stammt auch der folgende Artikel.

Wichtige Weichenstellungen sind zu tätigen. Freisinnige Lösungsvorstellungen existieren. Viele dieser Lösungen sind aber nicht kurzfristig oder nicht auf Bundesebene zu realisieren. Weil wir aber nicht erst übermorgen Lösungen anbieten wollen, sondern heute, spricht sich die FDP Schweiz positiv zum bundesrätlichen Massnahmenpaket «Boden» aus.

Sperrfrist als Sofortmassnahme

Es gibt eine Reihe von Massnahmen, die zur Sanierung des Bodenmarktes ergriffen werden können. Im Vordergrund stehen Massnahmen im Bereich der Raumplanung, der Bau- und Planungsgesetze und im fiskalischen Bereich.

Alle diese Massnahmen können nicht sofort wirken. Die jahrelangen Versäumnisse bei der Baulanderschliessung beispielsweise können nicht plötzlich nachgeholt werden. Andererseits hält die wohlstandsbedingt hohe Nachfrage nach Bauland für das Wohnen, das Gewerbe und für den Dienstleistungssektor unvermindert an und begünstigt die Spekulation. Aus dieser Sicht drängt sich als Sofortmassnahme die Sperrfrist auf. Den verpönten Spekulationsgeschäften kann durch diese Massnahme schnell und wirksam die Spitze gebrochen werden. Sobald der Bodenmarkt saniert ist, muss auf eine derart einschneidende Massnahme wieder verzichtet werden.

Die Einführung einer Sperrfrist kann befürwortet werden, wenn es sich dabei um eine vorläufige und befristete Massnahme handelt. Sie soll in der momentanen



Notsituation weiterhelfen, quasi eine Atempause verschaffen.

FDP-Vorschlag

Die Frage der Sperrfrist zur Weiterveräusserung von nichtlandwirtschaftlichen Grundstücken stand an der Sommersession im Zentrum einer sechsstündigen Sitzung des Nationalrates. Die endgültige Entscheidung wird in der Herbstsession in Zusammenhang mit der Beratung des bundesrätlichen Multipakets erfolgen. Wie der Bundesrat ist auch die FDP der Meinung, dass die Bodenfrage nur mehrgleisig gelöst werden kann.

Im Hinblick auf die Debatte im Herbst hat die FDP-Geschäftsleitung einen Vorschlag zur Sperrfrist verabschiedet, den die Ad-hoc-Arbeitsgruppe Bodenpolitik/Raumplanung/Wohneigentumsförderung ausformuliert hat. Schwerpunkte dieses FP-Entwurfs sind eine Sperrfrist von drei Jahren zur Verhinderung der Spekulation, Ausnahmeregelungen, die Veräusserungen in klar definierten Fällen wie Erbgang, Schenkung, Grenzbereinigung zulassen, und die Umschreibung von nicht spekulativen Veräusserungen, die ebenfalls von der Sperrfrist ausgenommen sind.

Offen bleibt bis zum Vorliegen des Gutachtens Aubert, ob die FDP für Art. 89^{bis} Abs. 2 der Bundesverfassung (fakultatives Referendum) oder für Art. 89^{bis} Abs. 3 (obligatorisches Referendum) votieren wird.

Ziele der Partei

Mit gezielten Massnahmen und einem mehrere Punkte umfassenden Programm will die FDP die Bodenproblematik lösen. Dazu gehören die Verbesserung der qualitativen und quantitativen Ausnutzung der Bauzonen sowie deren rechtzeitige und haushälterische Erschliessung und Überbauung. Mittels planerischer und fiskalischer Massnahmen ist das Funktionieren des Baulandmarktes sicherzustellen. Bekämpft werden soll die Baulandhortung. Selbstbewirtschaftern will die Partei gegenüber anderen Interessenten am Landwirtschaftsboden eine Vorzugsstel-

lung einräumen. Mit dem Instrument der Fiskalpolitik sollen ferner eine haushälterische Nutzung des Bodens und eine breite Eigentumsstreuung unterstützt und nicht behindert werden.

Als Ziel ihrer Politik strebt die FDP einen haushälterischen Umgang mit dem Boden, eine breite Streuung des selbstgenutzten Eigentums an Grund und Boden, die Schonung natürlicher Landschaften und Erholungsräume sowie den Schutz und die Verbesserung der Wohnqualität der Siedlungen an. Gewicht legt die Partei auch auf die Erhaltung von genügend geeignetem Landwirtschaftsboden, auf die Gewährleistung einer guten Wohnversorgung und die Sicherstellung der nötigen Gewerbe- und Industrieflächen an geeigneten Standorten.

Gefährliche Tendenzen in der Drogenfrage

Gegen die Legalisierung von Drogen

Im In- und Ausland regen sich Stimmen, die für eine Legalisierung der «weichen» Drogen eintreten. FDP-Nationalrat Dr. Peter Spälti (ZH) zeigt auf, dass angesichts der gesellschafts-, gesundheits-, wirtschafts- und sicherheitspolitischen Dimension des Drogenkonsums der Weg der Liberalisierung keinesfalls beschritten werden darf.

Vor kurzem ist in Rom die Gründung einer internationalen Liga zur Liberalisierung des Drogenkonsums erfolgt. Die beabsichtigte Stossrichtung dieser neuen Organisation ist, sich sowohl in internationalen Organen wie z. B. den Vereinten Nationen als auch auf nationaler Ebene dafür einzusetzen, dass der Drogenkonsum nicht mehr repressiv bekämpft und die Liberalisierung des Drogenmarktes gefördert wird.

In den Vereinigten Staaten arbeiten schon lange einflussreiche Organisationen an der Liberalisierung des Drogenkonsums. Dass gerade diese in den Vereinigten Staaten für die während der siebziger Jahre verfolgte «Laissez-faire»-Politik in der Drogenfrage mitverantwortlich sind, sei hier nur nebenbei erwähnt. Auf schweizerischer Ebene regen sich sogar aus bürgerlichen Kreisen Stimmen, die für eine Legalisierung des Konsums «weicher» Drogen eintreten. Es ist um so unverständlicher, dass gerade solche der Legalisierung befürwortend gegenüberstehen. Es sind ausgerechnet gewisse Linkskreise, die auf dem Platz Zürich die Legalisierungskampagne vorantreiben und sich unter anderem mit Demonstrationen und dem Schlagwort «Freie Dro-

Standpunkte

genwahl und gegen Repression» stark machen. Erwähnenswert ist, dass die gegenwärtige Praxis der Strafverfolgung beim Drogenkonsum von solchen Kreisen als neue Aktionsfront benützt wird, um hier gegen die angebliche Repression des Staates anzutreten.

Wer sich heute für eine Legalisierung «weicher» Drogen in der Gesellschaft einsetzt, kapituliert vor der Drogenmafia. Diese könnte dann einen legalisierten Markt beliefern. Die globale Wirtschaftsmacht «Mafia» setzt derzeit grosse Mittel ein, um eine Destabilisierung und Verschie-



genwahl und gegen Repression» stark machen. Erwähnenswert ist, dass die gegenwärtige Praxis der Strafverfolgung beim Drogenkonsum von solchen Kreisen als neue Aktionsfront benützt wird, um hier gegen die angebliche Repression des Staates anzutreten.

Wer sich heute für eine Legalisierung «weicher» Drogen in der Gesellschaft einsetzt, kapituliert vor der Drogenmafia. Diese könnte dann einen legalisierten Markt beliefern. Die globale Wirtschaftsmacht «Mafia» setzt derzeit grosse Mittel ein, um eine Destabilisierung und Verschie-

bungen im Machtgefüge der OECD-Länder zu erwirken.

Dass die Legalisierung eines Drogenmarktes langfristig menschlich, kulturell, politisch und wirtschaftlich ruinöse Konsequenzen für die westlichen Demokratien nach sich zieht, ist unübersehbar. Ein souveräner Staat darf diese Bedrohung nicht einfach hinnehmen.

Im Zusammenhang mit der Legalisierung von «weichen» Drogen wird argumentiert, der Staat solle sich nicht einmischen. Wenn jemand Drogen nehmen will, so soll er es tun können. Es könne, so wird begründet, nicht angehen, einzelnen ein unveräusserliches Recht der Selbstbestimmung zu entziehen. Auch wenn dabei in Kauf zu nehmen ist, dass unzählige Mitglieder unserer Gemeinschaft zugrunde gehen.

Ob Drogenkonsum illegal oder legal ist, macht keinen Unterschied und ist in beiden Fällen wegen der gefährlichen und weitreichenden negativen Auswirkungen destruktiv und gesellschaftsdestabilisierend. Für die volkswirtschaftlichen Kosten im sozialen, gesundheitspolitischen Bereich hat der Staat dennoch aufzukommen, auch wenn dies oftmals verdrängt wird.

Die internationalen Organisationen, die sich für eine Legalisierung des Drogenkonsums einsetzen, finden mit Sicherheit auch in der Schweiz ihre Ableger. Ihre verfänglichen Argumente sind abzulehnen. Zudem sind sämtliche verantwortungsbewusste Kreise, die an einer gesunden, leistungs- und lebensfähigen Jugend interessiert sind, aufgerufen, sich gegen eine Legalisierung der Drogen zu stellen. Auch auf politischer Ebene ist ein Kampf gegen die Legalisierungstendenz zu führen. Es darf nicht sein, dass mit solchen Forderungen die Reife- und Ausbildungsjahre unserer zwölf- bis zwanzigjährigen Jugendlichen in bedenklichem Ausmass geschädigt werden.

Tatsache ist, dass eine tolerante Haltung den Drogenkonsum in der Schweiz in Zukunft nur noch potenziert. Wer die gesellschafts-, gesundheits-, wirtschafts- und sicherheitspolitischen Dimensionen des Drogenkonsums in der Schweiz im Zusammenhang wirklich erkennt und die tatsächlichen Bedrohungen abzuschätzen vermag, der wird immer gegen eine Legalisierung des Drogenkonsums sein. Das belegen auch Erfahrungen in den USA. Verschiedene Modelle der Entkriminalisierung sind kläglich gescheitert. Die Drogenszene hat sich explosionsartig ausgebreitet, und die Szene ist deutlich brutaler geworden. Die Schweiz darf einen solchen Weg der Liberalisierung nicht gehen, um dann im nachhinein festzustellen, dass es ein falscher war.

Ein Beitrag zur Diskussion über das Drogenproblem

Für Eltern von Drogenabhängigen gibt es Gesprächsgruppen, denen sich die betroffenen Väter und Mütter anschliessen können. Weitgehend übereinstimmend heisst es: «Bereits in der Schule haben die Kinder Kontaktmöglichkeit zu den Drogen, bereits die Dreizehnjährigen beginnen damit...»

Blicken wir doch bei den Süchtigen um einige Jahre zurück: Wo hielten und halten sie sich in der mittleren Jugendstufe auf, ausserhalb ihrer obligatorischen Schulzeit? Auf dem Velo, auf dem Töffli, auf der Strasse, beim Kiosk, vor einem Migros, vor dem Globus, untätig, haufenweise, ohne Kontrolle, ohne Betreuung, ohne eine sinnvolle Tätigkeit. Sie alle gehörten aber heim, in die Obhut der Familie, hätten den Gesprächskontakt mit der Mutter nötig, müssten mit ihr über die Tageserlebnisse und ihre Eindrücke diskutieren können.

Man beanstandet vielenorts den Leistungsdruck in der Schule. Wo und wann aber soll der junge Mensch lernen, einem Druck gegenüber die Gegenkraft

zu entwickeln? Dem Druck der Verführung zum Beispiel? Das Leben verlangt von uns immer Leistungen. Wir müssen ihnen dank unserem geübten Willen gewachsen sein. Elternhaus und Schule sind die wichtigen Lehrstellen dazu, nicht aber der untätige Zeitvertreib auf der Strasse und auf dem Töffli. Sonst lautet die Verderbnis, und der Verführung wird Tür und Tor geöffnet.

Wenn die Eltern ihre viele Zeit, ihre Kraft und Mühe, die sie für ihre drogensüchtigen Kinder aufwenden, zuvor, einige Jahre früher, geopfert hätten, dann wäre manchem noch rechtzeitig geholfen worden. So viele fordern vom Staat irgendwelche Massnahmen gegenüber dem Drogenproblem. Es wäre weit besser, die Forderungen richteten sich an die Eltern, sie möchten ihre Kinder zwar behüten, aber nicht verwöhnen, sie möchten sie zwar zur Selbständigkeit erziehen, aber gleichzeitig überwachen. Dann haben die Drogen keinen Platz!

Elisabeth Weiss-Kull, Lehrerin, Küssnacht

Ausserordentliche Delegiertenversammlung zur Bodenpolitik

Am 16. September 1989 wird die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) in Bern eine ausserordentliche Delegiertenversammlung über die Bodenfrage veranstalten. Dabei werden die Problematik der Baulandverkaufssperre, der Spekulation mit Grundeigentum sowie die Lage auf dem Wohnungsmarkt zur Sprache kommen.

Bereits vor einem Jahr hat die FDP eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich unter der Leitung von Nationalrat Dr. Urs Scheidegger mit dem Bodenrecht, der Raumplanung und der Wohneigentumsförderung befasst hat. Im Hinblick auf die Debatte über die Bodenpolitik, die in der Herbstsession stattfinden wird, ist der Sonderparteitag von besonderer Aktualität.

Garten- und Landschaftsarchitekten, Erdbauingenieure

Spross

Wir planen, bauen, sanieren und pflegen auch Ihren Garten für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG Zürich
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62

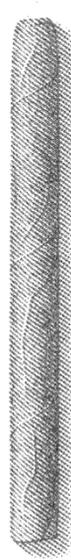


Entspannter Fraktionsausflug

Rund 130 Personen folgten der Einladung der freisinnig-demokratischen Fraktion der Bundesversammlung zum Ausflug in die Westschweiz. Gespannt verfolgten die Parlamentarier, freisinnigen Beamten und Journalisten die Vorführung von Pferden und Gespannen im Eidgenössischen Gestüt Avenches, entspannt wurden auf dem Signal du Vully Weine der Gegend degustiert, vor der prächtigen Kulisse der Landschaft rund um den Murtensee. Seinen gemütlichen Abschluss fand der Ausflug bei einem Nachtessen in Vallamand-Dessous.



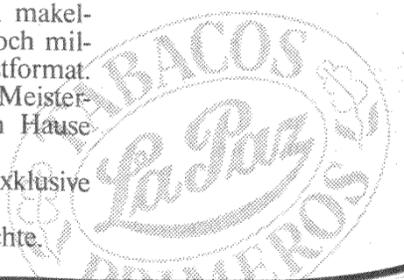
Kostbarkeit aus Meisterhand. Von La Paz.



Es ist nicht leicht, ausgewogen mélangierte Cigarillos zu machen. Das Verhältnis von Innengut zu Um- und Deckblatt ist bei kleinen Façons weniger günstig als bei grossen. Und das erfordert perfekte Handwerkskunst.

Die Cigarrenmacher von La Paz verstehen ihr Handwerk. Cigarillos Puritos sind eine Komposition reiner und edler Tabake weltberühmter Provenienzen, umhüllt mit einem gleichmässig brennenden Umblatt. Und natürlich einem makellosen Deckblatt. Gehaltvolle und doch milde Aromakompositionen im Kleinstformat. Mit erstaunlich langer Rauchdauer. Meisterstücke eben, wie sie nur aus dem Hause La Paz kommen können.

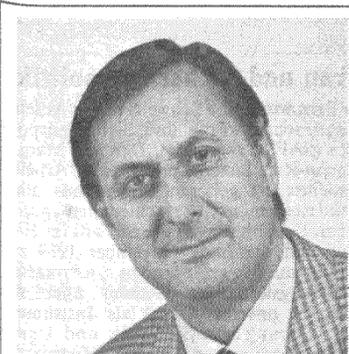
Für den Geniesser, der das Exklusive und Echte sucht.
La Paz Puritos: Exklusiv(r)chte.



Sicherheit in Fussballstadien
und Konsequenzen für die FDP

Für den Breitensport

Noch waren die tragischen Vorfälle im Heysel-Stadion von Brüssel nicht vergessen, schon brach eine neue Katastrophe (Sheffield) über uns herein. Die Ursachen scheinen zwar unterschiedlich zu sein, doch sind leider die Folgen die gleichen, Tote und Verletzte. Waren in Brüssel tobende Fanatiker am Werk, so muss in Sheffield vor allem den Ordnungsorganen die Schuld zugeschrieben werden. Daraus folgt für Guido Cornella, dass in verschiedenen Bereichen etwas getan werden muss, um die Sicherheit in den Stadien zu verbessern.



Guido Cornella, Amriswil, Inhaber einer Berufskleiderfabrik, Vizepräsident des Schweizer Fussballverbandes (SFV), Vorstandstätigkeit FDP Amriswil, FDP-Kantonsrat im Thurgau seit 1988.

Was hat das nun für Konsequenzen für die Politik der FDP? In der überwiegenden Zahl sind die Stadien im Besitze von Städten oder Gemeinden. Investitionen für Stadien (Sanierung, Ausbau oder Neubau) unterliegen daher Volksabstimmungen. Solche Projekte werden bekanntlich vor allem aus ökologischen Gründen bekämpft. Hier muss mit sach-

lichen Argumenten für die Kredite eingestanden werden.

Es sind keine Mammut-Projekte zu planen, hingegen benötigen wir auch in der Schweiz einige Stadien, die grössere Anlässe gestatten, wenn wir sportlich nicht ins Abseits gestellt werden wollen. Grossanlässe auf sportlichem Gebiet sind für unser Land auch aus touristischen Gründen wertvoll. Durch die weltweite TV-Übertragung wird der Ruf der Schweiz als Touristikland in die ganze Welt getragen. Die Anlässe selbst bringen viele Leute in unser Land (Teilnehmer, Betreuer, Journalisten, Zuschauer).

Um die Stadien finanziell tragbar zu machen, sind polysportive Anlagen vorzusehen, die allenfalls auch anderen Grossveranstaltungen dienen können (Popkonzerte, Open-air, Ausstellungen usw.). In erster Linie profitiert zweifellos der Spitzensport von derartigen Stadien. Doch dieser Spitzensport hat trotz verschiedenen negativen Aspekten (Finanzen, Doping usw.) eine sehr wichtige Leitfunktion für den Breitensport. Und diesen Breitensport wollen wir von der FDP aus fördern.

Vierzig Jahre Schweizerische Vereinigung
freisinnig-demokratischer Frauen (SVFF)

Die freisinnigen Frauen feiern

Die Schweizerische Vereinigung freisinnig-demokratischer Frauen (SVFF) feierte anlässlich ihrer regulären Delegiertenversammlung am Wochenende des 26./27. Mai in Lausanne ihren vierzigsten Geburtstag.

Am 26. und 27. Mai feierten die freisinnigen Frauen der Schweiz den vierzigsten Geburtstag ihrer Dachorganisation, der Schweizerischen Vereinigung freisinnig-demokratischer Frauen (SVFF). Im Rahmen ihrer jährlichen Delegiertenversammlung, organisiert von der freisinnigen Frauengruppe Lausanne, beging die SVFF ihr Jubiläum in festlichem Rahmen.

Zu den prominenten Festrednern gehörte Nationalrätin Geneviève Aubry. Eindringlich rief sie die anwesenden Präsidentinnen und Einzelmitglieder aus der ganzen Schweiz auf, in ihrem tatkräftigen Engagement für die Anliegen der freisinnigen Frauen weiterzufahren, auch wenn die Lage der politisierenden Frauen heute wesentlich unbequemer geworden sei.

Staatsrat und Nationalrat Philippe Pidoux aus Lausanne überbrachte den Frauen die Grüsse des Gastgeberkantons. In seiner Ansprache würdigte Pidoux die Arbeit von alt Bundesrätin Elisabeth Kopp und streifte in einem kurzen Abriss die Leistungen der,

wie er sich ausdrückte, «grossartigsten Frau Europas», der britischen Premierministerin Margaret Thatcher.

Als Vertreter der Stadtpartei Lausanne sprach am Samstag morgen Olivier Chevallaz. In einer rhetorisch brillanten Ansprache redete er keineswegs der Gleichberechtigung das Wort, sondern vielmehr der Komplementarität, der gegenseitigen Ergänzung. Der Sekretär der Kantonalpartei, Dominique Raymond, liess in seiner Rede die dringendsten Probleme auf der politischen Traktandenliste – nicht nur der Schweiz, sondern Europas – Revue passieren.

Jacqueline Maurer, Mitglied der FDP-Geschäftsleitung, begrüsst die Frauen im Namen der Partei und überbrachte die Wünsche von Parteipräsident Franz Steinegger.

In ihrer Präsidialadresse umriss die Präsidentin der SVFF, Dolly Duc, einerseits das Engagement der Vereinigung im abgelaufenen Jahr und skizzierte andererseits die anstehenden Probleme und Abstimmungen. Hauptsächlich wies sie auf die kommende Abstimmung zur Initiative für eine Schweiz ohne Armee hin.

Die SVFF nahm von der gleichentags erfolgten Verabschiedung von alt Bundesrätin Elisabeth Kopp Kenntnis und sprach ihr Dank für die geleistete grosse Arbeit aus. Sie rief zugleich die Frauen auf, Elisabeth Kopp gerade in diesen Tagen ihre Sympathie und Anteilnahme zu bekunden.

Fortsetzung von Seite 1

ten Anträgen. Das hat zur Folge, dass viele Gesetze heute weniger gut werden als früher und oft in kurzer Zeit wieder revidiert werden müssen. Ein Beispiel dafür ist das Gesetz über die berufliche Vorsorge.»

Ist auch die zunehmende politische Polarisierung ein Grund für die Ineffizienz des Parlaments?

Ulrich Bremi: «Ja, aber nicht nur die Polarisierung zwischen unterschiedlichen politischen Gruppierungen, sondern die Polarisierung innerhalb der Fraktionen. Die Parlamentarier sind zu Einzelkämpfern geworden, setzen sich mehr für ihre eigenen Vorstellungen als für die Arbeit ihrer Fraktion ein.»

Neben Routinegeschäften standen in der vergangenen Session Themen auf dem Programm, die die Öffentlichkeit besonders verfolgte. Eines davon ist die Bodenfrage. Umstritten ist dabei besonders die Sperrfrist für Grundstückverkäufe. Wie beurteilen Sie dieses Instrument?

Ulrich Bremi: «Die Nachfrage nach Boden ist viel grösser als das Angebot. Das ist ein gutes Zeichen für unser Land. Leute wollen in die Schweiz kommen, hier wohnen und haben auch die finanziellen Mittel für mehr Wohnraum. Das Problem ist, dass das Angebot nicht mit der Nachfrage wächst. Ausserdem besteht die Gefahr der Zersiedelung. Daraus entsteht ein Konflikt.

Was können wir tun?

Mittelfristig müssen wir das Angebot durch bessere Ausnutzung des bestehenden überbauten Landes erweitern, also indem wir möglichst wenig Neuland überbauen.

Kurzfristig müssen wir der Spekulation die Spitze brechen. Da kann die Einführung einer dreijährigen Sperrfrist für den Weiterverkauf von nichtlandwirtschaftlichen Grundstücken helfen. Ein weiteres kurzfristiges Mittel ist die Umlenkung von Kapital aus den Pensionskassen. Statt wie bisher in den Bodenmarkt soll dieses Kapital in industrielle Anlagen investiert werden und damit wertschöpfend wirken.

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz hat bereits vor einem Jahr eine Arbeitsgruppe Bodenrecht/Raumplanung/Wohneigentumsförderung unter dem Präsidium des Solothurner Nationalrates Urs Scheidegger eingesetzt. Wir gingen also gut vorbereitet in diese Debatte und haben in dieser Frage die Initiative auch übernommen. Diese möchten wir auch in Zukunft behalten, und wir werden deshalb weiter an Lösungen arbeiten.»

Ein anderes wichtiges Geschäft war schliesslich die Revision des Gewässerschutzgesetzes. Sowohl im Bereich Landwirtschaft, beim Schutz der natürlichen Gewässer als auch in der Frage der Abgeltung für Gemeinden, die auf Wassernutzung verzichten, setzten sich Freisinnige mit weitgehenden Lösungen durch. Erstaunt es Sie, dass Freisinnige profiliert als Natur- und Umweltschützer auftreten?

Ulrich Bremi: «Es erstaunt mich natürlich keinesfalls, dass sich Freisinnige um die Natur

kümmern. Wer die freisinnigen Postulate lange genug verfolgt hat, weiss, dass Umweltschutzforderungen in der FDP Tradition haben.»

Wie beurteilen Sie den nun vorliegenden Gesetzesentwurf? Was sagen Sie zu dem vom Luzerner Nationalrat Karl Tschuppert durchgesetzten Antrag auf Beschränkung der Düngergrossviehbetriebsgelände, zu dem vom Schaffhauser Freisinnigen Kurt Schüle vertretenen verschärften Schutz natürlicher Gewässer und zu der von den Freisinnigen Lili Nabholz (ZH), Gilles Petitpierre (GE) und Kurt Schüle eingebrachten Lösung in der Entschädigungsfrage für Gemeinden, die auf die Auswertung ihrer Wasserkraft verzichten?

Ulrich Bremi: «Das Gesetz trägt sowohl den Bedürfnissen der Berufswelt wie auch den Gesichtspunkten der Umwelt Rechnung. Mit unseren Vorschlägen in allen drei wichtigen Bereichen haben wir keine Kompromisse gemacht, sondern klar die Richtung gewiesen für einen besseren Umweltschutz mit Methoden, die für die Wirtschaft erträglich sind.

In der Düngerfrage kommen wir dank Tschupperts Lösung einen Schritt vorwärts. Da Karl Tschuppert selber ein Landwirt ist, ist diese Lösung auch für die Landwirtschaft erträglich.

Der Schutz der natürlichen Gewässer ist eine sehr fortschrittliche Massnahme, die aber sofort nach der Konsequenz ruft, dass man ernsthafte als bisher an die Energieversorgung für die Schweiz denken muss. Eine FDP-Arbeitsgruppe hat den Auftrag bereits erhalten, ein längerfristiges Energieversorgungskonzept zu erarbeiten.

Um die Frage der Abgeltung entstand im Nationalrat eine sehr hochstehende Debatte. Ich befürworte den eingebrachten konkreten freisinnigen Lösungsvorschlag. Er wurde erst im Rat eingereicht und wird im Differenzbereinigungsverfahren noch zu Ende gedacht werden müssen.»

Wie sieht die Bilanz der FDP-Fraktion aus Ihrer Sicht als Fraktionspräsident aus?

Ulrich Bremi: «Die Stimmung in der Fraktion ist aktiver, heiterer, spannungsgeladener geworden als etwa noch vor zwei Jahren. Mein Eindruck ist, dass viele Parlamentarier heute viel intensiver politisieren. Das Resultat ist Spannung, Druck, viele Vorschläge. Dabei ist gute Arbeit geleistet worden. Für mich persönlich war es eine heitere und anspruchsvolle Session.»

Der Freisinn

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

Redaktion «Der Freisinn», Postfach 2642, 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38. Verantwortlich für die Redaktion, Generalsekretariat FDP der Schweiz: Anna-Marie Kappeler. Für die Kantonsseiten die jeweilige Kantonalpartei.

Inseraten-Verwaltung: OFA Orell Füssli Werbe AG, Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich, Telefon (01) 251 32 32.

Druck: Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich.

Einzelnummer Fr. 2.-, Jahresabonnement Fr. 20.-

ERNST BRUGGER

Gelebte Schweiz

Reden und Aufsätze
aus 40 Jahren Politik

Herausgegeben aus Anlass des 75. Geburtstages von Ernst Brugger (Gemeindepräsident, Regierungsrat und Bundesrat von 1970-1977) 208 Seiten, Gewebband mit Schutzumschlag, Fr. 28.-

Buchverlag der Druckerei Wetzikon, 8620 Wetzikon Tel. 01/933 31 11 Auch in jeder Buchhandlung erhältlich

MIT BAUER KABA LASSEN SICH GESCHÄFTE ERFOLGREICH ABSCHLIESSEN.



Kaba Star.

Das universelle Schliesssystem.

Von Bauer Kaba.

Durchbruch im Nationalrat für den Abgeltungsgedanken

Gleich lange Spiesse

Im Gegensatz zum Ständerat hat die Volkammer dem Abgeltungsgedanken im (quantitativen) Gewässerschutz zugestimmt. Künftig sollen Berggemeinden, die aus Gründen des Landschaftsschutzes auf die totale Verwertung ihres Wassers und damit auf Wasserzinsen verzichten (müssen), aus einem Fonds entschädigt werden. Dieser wird aus einem auf maximal 0,2 Rappen pro Kilowattstunden angesetzten Zuschlag auf dem Strompreis gespeist und pro Jahr mit höchstens rund 70 Millionen Franken dotiert werden. «Solidarität zwischen Unterland und Bergregion für einmal nicht in Worten, sondern in Franken und Rappen», meint FDP-Nationalrat Dr. Willy Loretan (AG).

Die Zeit hat offensichtlich für den Grundsatz des Ausgleichs bei Verzichtleistungen gearbeitet. Gemeinden, die im Interesse des ganzen Landes schützen statt nutzen, sollen auch von der gesamten schweizerischen Öffentlichkeit – mindestens teilweise und in Berücksichtigung der Finanzkraft des verzichtenden Gemeinwesens – abgegolten werden. Dies ist nicht nur moralisch richtig, sondern auch eine logische Konsequenz der verfassungsrechtlich gegebenen Möglichkeiten zur Wasserkraftnutzung und der entsprechenden Zuständigkeiten in unserem föderalistischen Staat.

Dass die Verzichts- und Abgeltungsproblematik besonders im Bereiche der Wasserkraftnutzung drängend ist, ist klar und bedarf vor dem Hintergrund der düsteren energiepolitischen Szene keiner weiteren Begründung. Der Druck, auch den letzten Tropfen Wasser noch zu turbinieren, ist seit dem faktischen Ausstieg aus der Kernenergie (den ich verurteile!) gewaltig gestiegen. Gegensteuer zu geben ist unumgänglich.

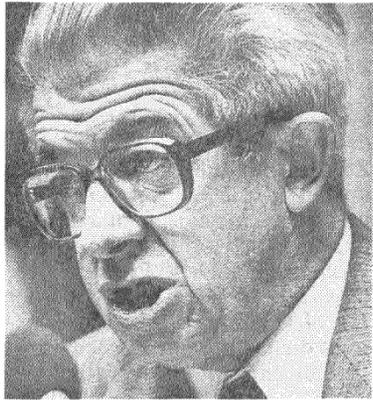
Kaiseraugst und Greina

Der Kaiseraugst-Regelung konnte ich seinerzeit nicht zustimmen. Es ist bemühend, welcher Aufwand in den letzten zwei Jahren betrieben werden musste, um die unter den Kraftwerkverzicht auf der Greina geratenen Bündner Gemeinden Sumvitg und Vrin zu einer bescheidenen Entschädigung (gemäss Natur- und Heimatschutzgesetz) gelangen zu lassen. Und noch ist der Durchbruch nicht gelungen. Mit Leichtigkeit konnte dagegen der Bund einen erklecklichen Betrag aus Steuergeldern (350 Millionen Franken) für die rein politisch begründete Abgeltung an die Kernkraftwerk Kaiseraugst AG lockermachen.

Der Verzicht auf die Überflutung der Greinahochebene erfolgte nicht nur aus politischen Gründen, sondern vor allem auch aus landschafts- und naturschützerischen Motiven. Die ganze Eidgenossenschaft, und damit eben der Bund, hat ein Interesse daran, dass von einer Kraftwerknutzung in diesem herrlichen Gebiet endgültig Abstand genommen wird. Die vom Nationalrat beschlossene Abgeltungsregelung wird in dieser für die beiden Bündner Gemeinden vitalen Frage Druck aufsetzen!

Und der Ständerat?

Persönlich gab ich im Rat einer anderen Lösung der Finanzierung der Abgeltungszahlungen den Vorzug. Sie wurde von der beratenden Kommission übernommen und kam als sogenannter Mehrheitsantrag in den Nationalrat. Nun siegte die Idee des sogenannten Landschaftsrappens, in einer Formulierung, die von einer Gruppe freisinniger Kolleginnen und Kollegen «ausgetü-



der Gesellschaft, mit dem Staat, mit allem, auch mit sich selbst.

Im Buch «Ich fühle mich oft unverstanden» lässt Gerda Fellay den jungen Patrick in seinem Brief fragen, warum denn die Eltern das Erziehen nicht lernen. Die Autorin schreibt dazu als Antwort: «Immer mehr Eltern besuchen einen Kurs für Kinderpflege, leider ist der Besuch von Kursen über Kindererziehung noch nicht üblich.» Und weiter sagt sie: «Kein Mechaniker würde so unvorbereitet an seine Arbeit herangehen, wie die meisten Eltern an die Kindererziehung.» Wer lehrt die Kinder Rücksicht nehmen, Verantwortung tragen, einen Beitrag zum Wohle unserer Gesellschaft und unseres Staates leisten, statt immer nur zu fordern?

Der Ausspruch am Anfang sowie die Zitate aus dem Buch müssten uns aufhorchen lassen und zur Überlegung zwingen, was denn zur Verbesserung zu tun wäre: die Pflege der Familie, damit die Kinder gar nicht das Bedürfnis haben, auf die Gasse zu gehen, dass sie gar nicht die Gelegenheit haben, sich unkontrolliert irgendwo herumzutreiben. Die grösste Kraft gegenüber allen Problemen sollte in der Familie gegeben werden, dann würden viele Verführungen von selbst verumglicht.

Elisabeth Weiss-Kull, Küsnacht

Vollkommen unvollkommen

Christian Kauter, Generalsekretär der FDP, kommentiert im letzten «Freisinn» die Ergebnisse der jüngsten kantonalen Wahlen auf eine Art, die ich als so ungewohnt wie sympathisch empfinde.

Üblicherweise lassen sich Parteispitzen nach Wahlniederlagen mit Parolen wie: «Gegenwind gibt Auftrieb» vernehmen. Damit bekräftigt man trotz allem das Gelingen der Operation und schwebt im übrigen weit über oder hinter den Dingen. Christian Kauter jedoch äussert sich auch noch zum Befinden des Patienten und dann vor allem zu den Massnahmen, die zu dessen Heilung einzuleiten wären.

«Unser Angebot kritisch überdenken» und: «Selbstkritische Fragen», so lauten zwei Überschriften. «Gilt unsere Anstrengung zu offensichtlich dem Machbaren statt dem Ziel, das Sinnvolle mach-

bar zu machen?» «Die lange Erfolgsserie hat uns vielleicht zu selbstsicher, zu vertrauenselig und – sagen wir's offen – gelegentlich zu überheblich gemacht», das zwei der selbstkritischsten Anfragen an die Partei.

Christian Kauter empfiehlt zum Abschluss ein Heilmittel – eigentlich etwas so Selbstverständliches wie die Feststellung: «Nichts ist vollkommen – auch die FDP nicht.»

«Kehren wir zurück zum einzig erfolgversprechenden Weg: zum Gespräch.»

Mit der Parteilung bin ich der Meinung, dass ein Geben und Empfangen im Gespräch nicht nur unter Freisinnigen, sondern auch mit Nichtfreisinnigen stattfinden sollte. Denn unser Füllhorn ausgezeichnete und zeitgemässer Ideen wie die Phantasie unserer Mitglieder ist ja leider genauso vollkommen unvollkommen.

Andreas Michel, Adliswil

Freisinnige müssen handeln

Wer Falschspieler erkannt hat, schaut ihnen auf die Finger. Für uns Freisinnige gibt es deshalb nur eine Massnahme: Eintritt in die regionalen Radio- und Fernseh-Genossenschaften!

Wenn der Slogan Ultralinker vor zwanzig Jahren hiess: «Marsch durch die Institutionen» und wir heute feststellen müssen, dass sich offensichtlich ultralinkes Gedankengut nicht nur personell eingestrichelt hat, sondern agitativ wird, bleibt uns nichts übrig, als zu handeln. Die Losung heisst also, Gegendruck dort wirken zu lassen, wo die Agitation ihren Ausgang nimmt. Und die institutionalisierte (demokratische!) Einflussnahme beginnt mit der aktiven Mitgliedschaft. Dies gilt nicht nur im Bereiche der parteipolitischen Entscheidungsfindung, sondern überall, wo Meinungen gebildet und geäußert werden.

Übrigens: lokale Trägerschaften der Radio- und Fernsehgesellschaft DRS gibt es in Basel, Bern, Zürich, der Inner- und Graubünden, der Ostschweiz sowie im Gebiet Aargau/Solothurn. Die kantonalen Parteisekretariate helfen Interessierten sicher gerne weiter.

Franz Knecht, Riehen



Arbeitsgruppe Asylpolitik

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) hat zur Erarbeitung einer Stellungnahme zum Bericht einer interdepartementalen Gruppe, «Strategie für eine Flüchtlings- und Asylpolitik der 90er Jahre», eine Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz von alt Nationalrat Dr. Hans-Georg Lüchinger eingesetzt. Diese hat ihre Tätigkeit bereits aufgenommen und wird ihren Bericht Ende August 1989 der Geschäftsleitung zustellen. Das Sekretariat wird von lic. iur. Marie-Louise Baumann, Generalsekretariat FDP, Postfach 6136, 3001 Bern, betreut.

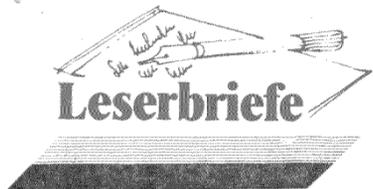
Frau und Sicherheitspolitik

In Bern wurde die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft «Frau und Sicherheitspolitik» (SAFS), gegründet. Der von Margrit Annen-Ruf, Luzern, präsidierten Arbeitsgemeinschaft gehören Frauen aus allen Landesteilen und verschiedenen politischen Gruppierungen an. Sie will im Hinblick auf die Ende November 1989 zur Abstimmung gelangenden «Armeebeschaffungsinitiative» Frauen über die Aufgabe unserer Armee als Instrument zur Wahrung von Sicherheit und Unabhängigkeit unseres Landes informieren. Sie will aber auch die nichtmilitärischen Komponenten unserer schweizerischen Sicherheits- und Friedenspolitik aufzeigen. Zu diesem Zweck plant die Arbeitsgemeinschaft verschiedene Aktivitäten. Weitere Informationen: SAFS, Postfach 4712, 6002 Luzern.

telt» wurde. Auch das ist eine Lösung.

Mein Vorschlag liess die Finanzierung der Abgeltungsleistungen offen. Deren Ausgestaltung wäre Sache des Bundesrates gewesen; die für ihn einfachste Lösung hätte wohl darin bestanden, die jeweils nötigen Mittel auf dem Budgetweg zu verlangen. Damit könnte verhindert werden, dass Gelder in einem Fonds für Ausgleichsbeiträge nach dem Prinzip der «Kässeliwirtschaft» blockiert werden. Auch mein «Modell» gäbe dem Bund in Fällen wie «Greina» einen grösseren Handlungsspielraum als heute. Es brächte keinen grundsätzlichen Systemwechsel (wie mit dem «Landschaftsrappen»), sondern würde bloss das bestehende gesetzliche Instrumentarium ergänzen und erweitern.

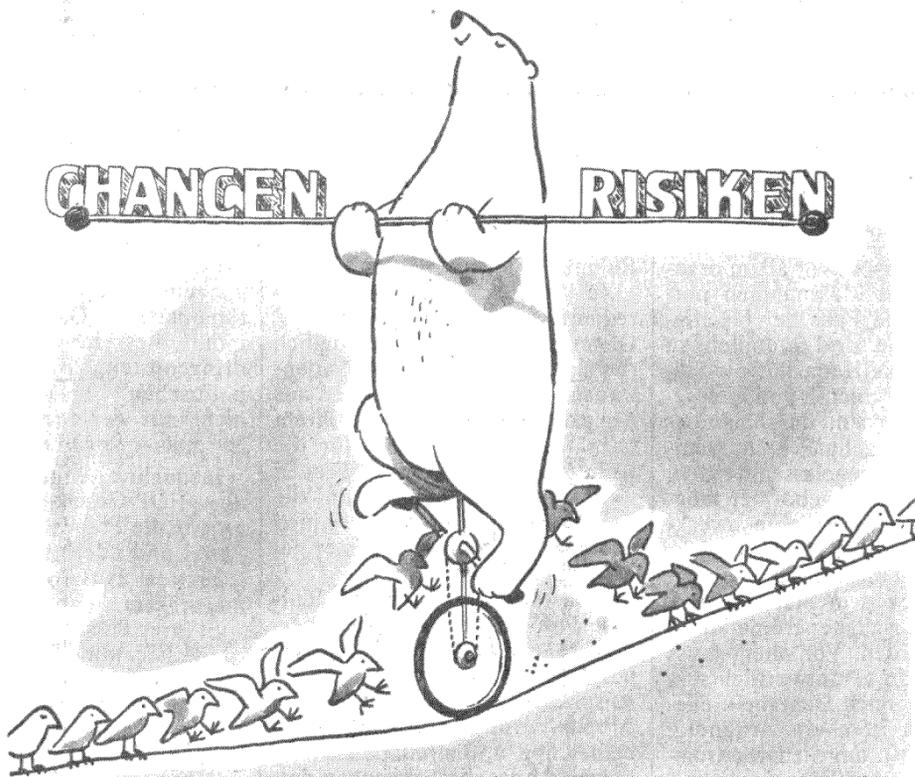
Der Ständerat ist gut beraten, wenn er in der nun folgenden Differenzbereinigung angesichts des deutlichen nationalrätlichen Signals dem Grundsatz zustimmt, dass Verzichtleistungen in Härtefällen angemessen abzugelten sind. Für die Finanzierung gibt es verschiedene Möglichkeiten. Wichtig ist endlich die Verankerung des Grundgedankens im Gesetz!



Der Ausspruch eines Jugendlichen

«Es führen uns familiäre Probleme hierher; es gibt Eltern, die sich um Söhne und Töchter nicht kümmern.» Wortwörtlich sprach ein halbwüchsiger Bursche diesen Satz in einer Fernsehsendung (Seismo, Fernsehen DRS, 8. 6. 89). Dies ist seiner Ansicht nach die Begründung, weshalb die Jugendlichen «den ganzen Tag herumhängen». Es handelt sich um vierzehn- bis zwanzigjährige Leute, unsere Zukunftsgeneration, die nach der Ursache ihres Herumlernens befragt wurden.

Warum horchen wir nicht aufmerksamer auf solche Äusserungen? Warum lernen wir nicht daraus, dass wir uns der Nachkommen mehr annehmen sollten, dass es ihnen in der Tat wohl wäre, hätte man sie dazu erzogen, einen sinnvollen Lebensinhalt zu haben? Die Eltern so vieler gehen nur ihren eigenen Interessen nach, statt dass sie sich auf echte Art ihren Kindern widmen. Die Selbstverwirklichung geschieht auf Kosten der zukünftigen Väter und Mütter. Das Resultat ist jetzt schon erkennbar: die herumstreuende Jugend, unzufrieden mit



Wolke Wini vom 5.

Mit Ausgewogenheit in die Zukunft.

Vermögensverwaltung heisst bei Julius Bär: Vermögen gewinnbringend anlegen – ausgewogen und risikoarm. Dazu verpflichtet uns unser Ruf als eine der renommiertesten Schweizer Privatbanken. Private und institutionelle Anleger aus aller Welt vertrauen unserer Beratungsqualität, hinter der fast 100 Jahre Erfahrung stehen. Wir bieten Ihnen die aussichtsreichsten konservativen, aber dennoch innovativen Konzepte an.

Bank Julius Bär: Wenn Sie am Erfolg interessiert sind.



BANK JULIUS BÄR

For the Fine Art of Swiss Banking

Zürich, Bahnhofstrasse 36, 8010 Zürich, Tel. (01) 228 51 11
Genf · München · London · New York · San Francisco · Los Angeles · Mexiko City · Hongkong · Tokio